

Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2018/21

1. Sitzung vom Montag, 18. März 2019, 18.00 – 22.10 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Dr. André Kirchhofer, Ratspräsident

Protokollführer

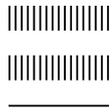
Dr. Fabian Humbel, Stadtschreiber

Anwesend

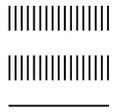
- 39 Mitglieder des Einwohnerrates
- 7 Mitglieder des Stadtrates

Entschuldigungen

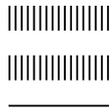
- Claudia Schürch-Meder



Traktandenliste	Seite
1. Mitteilungen	129
2. Einbürgerungen 3 Einbürgerungsgesuche (GK 88 bis GK 90)	130
3. Ortsplanung GK 84 Teilrevision Bauzonen- und Kulturlandplan, Umsetzung 1. Paket	130
4. Abwasserbeseitigung GK 85 GEP-Umsetzung 2019 – Bewilligung Investitionskredit für die hydraulische Kapazitätserhöhung der Mischwasserleitung in der Mühlethalstrasse zwischen Ackerstrasse und Küngoldingerstrasse	139
5. Gewässer GK 86 Riedtalbach – Ausdolung, Renaturierung und Hochwasserschutz; Investitionskredit	140
6. Schulbauten GK 83 Umsetzung Schulraumplanung GMS/Bez-Schulhaus – Bewilligung eines Zusatzverpflichtungskredits für den Studienauftrag	141
7. Verwaltungsorganisation GK 87 Zusammenarbeit zwischen dem Regionalverband zofingenregio und der Stadt Zofingen bei regionalen Integrationstätigkeiten – Stellenbegehren von gesamthaft 125 %	144
8. Parlamentarische Vorstösse GK 68 Interpellation der FDP-Fraktion vom 17. September 2018 betr. Anlässe in der Zofinger Altstadt (Begründung; Antwort Stadtrat)	145



GK 77	146
Postulat der SVP-Fraktion vom 22. Oktober 2018 betr. Umsetzung von Organisations- und Führungsgrundsätzen beim Seniorenzentrum Zofingen (Begründung; Bericht/Antrag Stadtrat)	
GK 78	146
Motion der Fraktion Grüne/Alternative vom 22. Oktober 2018 betr. Sichtbarmachung der Ausgrabungen beim Pulverturm (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)	
GK 81	147
Motion von Irma Jordi (CVP) vom 22. Oktober 2018 betr. neue Form der amtlichen Publikation für die Generation 70-Plus (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)	
9. Umfrage	149



Begrüssung

André Kirchhofer, Ratspräsident

Der Präsident begrüsst die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder des Stadtrates, den Ratssekretär, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, die anwesenden Medienschaffenden sowie die Zuhörenden und Gäste auf der Tribüne zur ersten Sitzung in diesem Jahr.

Der Rat ist mit **anfänglich 38, nach Eintreffen von Einwohnerrat Daniel Hölzle mit 39 Mitgliedern verhandlungsfähig**. Einwohnerrätin Claudia Schürch-Meder ist aufgrund Mutterschaft entschuldigt.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Mitteilungen

Claudia Schürch-Meder und ihr Ehemann Stefan sind am 10. Februar 2019 zum 2. Mal Eltern geworden. Der Präsident gratuliert zur Geburt ihrer Tochter Anic Sophie und erinnert daran, Geburten ans Ratsbüro zu melden, damit Glückwunschkarte und Gutschein auch entsprechend überreicht werden können.

Bedauernswerterweise sind folgende **Todesfälle** zu vermelden:

Am 26. Dezember 2018 ist Frau **Christiane Dombrowsky-Dietrich** verstorben. Sie war von 1994 bis 2000 Mitglied des Einwohnerrates. Ab 1998 leitete sie die Fraktion Dynamische Mitte. Zu Beginn der Amtsperiode 1998-2001 wurde sie als Abgeordnete in den damaligen Regionalverband Zofingen-Suhrental (heute zofingenregio) delegiert, und sie wirkte als Mitglied der Spezialkommission "Fusion Zofingen-Mühlethal" mit. Leider musste sie aufgrund ihrer schweren Erkrankung im Oktober 2000 vorzeitig ihren Rücktritt aus dem Einwohnerrat erklären.

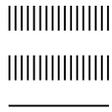
Am 12. Februar 2019 ist Herr **Ruedi Spätig** verstorben. Er war während drei Amtsperioden von 1978 bis 1989 Mitglied des Stadtrates. Als Ressortvorsteher Feuerwehr, Zivilschutz und Sport sowie als Vertreter in Energie- und Umweltfragen präsierte er zahlreiche Kommissionen und Arbeitsgruppen. So fielen in seine Amtszeit unter anderem der Bau der Zivilschutzanlage Ost und die Vorbereitungen für den Bau des neuen Feuerwehrmagazins an der Funkenstrasse. Als Vizepräsident der damaligen Zweckverbände Abwasserbeseitigung und Kehrrechtverbrennung (heute erzo) bzw. als Präsident der Baukommission war Ruedi Spätig an der Planung für die grossen Sanierungen in der Kehrrechtverbrennungsanlage massgeblich beteiligt. Ab 1986 betreute er als versierter Techniker auch die Fragen rund um den Umweltschutz für die Gemeindepolitik, die immer wichtiger wurden.

Um die Verstorbenen zu ehren, erheben sich alle Anwesenden zu einer Schweigeminute.

Die Einwohnerratsmitglieder haben als **Tischauflage** erhalten:

- Jahresrechnung 2018 der Einwohnergemeinde

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 26. November 2018** gilt als **genehmigt**. Dieses wurde am 21. Dezember 2018 verschickt. Innert der 10-tägigen Frist ist ein Änderungsbegehren eingegangen. Das Büro des Einwohnerrates hat über dieses entschieden und die gewünschte Anpassung des Votums von Yolanda Senn Ammann auf Seite 118 vorgenommen.



Neueingänge

Folgende parlamentarischen Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation von Tobias Hottiger (FDP) vom 18. März 2019 betr. Fahrverbot auf dem Alten Postplatz
- Interpellation von Michael Wacker (SP) vom 30. Januar 2019 betr. Parkplatzreglement für die Angestellten und Lehrpersonen der Stadt Zofingen

Art. 37

Einbürgerungen

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Geschäfte GK 88 bis GK 90 werden gemeinsam beraten. Die Abstimmungen erfolgen jedoch einzeln.

Einwohnerrat Daniel Hölzle trifft ein. 39 Mitglieder sind anwesend.

Barbara Willisegger, Referentin FGPK

Am 28. Februar 2019 hat die FGPK gestützt auf die vorgängige Prüfung durch Stadtrat und Einbürgerungskommission allen Gesuchen ohne Diskussion und einstimmig (9:0 Stimmen) zugestimmt. Gemäss seriösen Prüfungen der Einbürgerungskommission sind alle integriert und erfüllen die rechtlichen Voraussetzungen. Dem Rat wird deshalb empfohlen, die Gesuche ebenfalls gutzuheissen.

Eintreten ist nicht bestritten. Das Wort wird nicht verlangt. Es folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

GK 88

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 39:0 Stimmen zugestimmt.

GK 89

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 39:0 Stimmen zugestimmt.

GK 90

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 39:0 Stimmen zugestimmt.

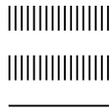
Den Antragstellerinnen und Antragstellern wird vom Ratspräsidium gratuliert (Applaus).

Art. 38

Ortsplanung

GK 84

Teilrevision Bauzonen- und Kulturlandplan, Umsetzung 1. Paket



André Kirchhofer, Ratspräsident

Der Präsident bittet die Mitglieder des Einwohnerrates sich, wie per E-Mail bereits auch schon erbeten, in ihren Voten kurz zu halten.

Mischa Berner, Präsident Spezialkommission

Der Präsident der Spezialkommission fasst den Umfang, die Eckpunkte und die Ziele der Vorlage kurz zusammen. Er weist darauf hin, dass bei den höheren Bauten keine Mehrausnutzung möglich ist. Es geht darum, Grünflächen zu schaffen. Dadurch wird keine Grossstadt geschaffen. Die Altstadt bleibt weiterhin geschützt. Die Kommission hat sich denn auch hinter das höhere Bauen gestellt. Erhebliche Änderungen erfahren insbesondere die Paragraphen zu den Gestaltungsplänen. Es liegen bereits erste Entwürfe für Gestaltungspläne vor. Dies entspricht also einem Bedürfnis und war dementsprechend in der Kommission ebenfalls unbestritten. Im Rahmen der Auflage sind verschiedene Einwendungen eingegangen. Der Stadtrat hat einige der Einwendungen gutgeheissen. Die Spezialkommission hat in ihrer Sitzung das Geschäft beraten, das Protokoll wurde an die Mitglieder des Einwohnerrates verschickt. Am meisten zu diskutieren gegeben hat das Thema Gestaltungspläne. Es ergibt sich unter dem Strich eine gewisse Kompetenzverschiebung hin zum Stadtrat. Das Thema Mehrwertabgabe wurde ebenfalls diskutiert, aber verworfen. Die Kommission stellt verschiedene Änderungsanträge im Lauf der Detailberatung. Die beiden Anträge des Stadtrates werden von der Spezialkommission mit 7 zu 0 bei 1 Enthaltung gutgeheissen.

Tobias Hottiger, FDP

Er dankt Mischa Berner für die sehr gute Zusammenfassung. Das Geschäft ist für Zofingen richtungsweisend. Es ist das erste Paket und behandelt nicht alle Aspekte. Weitere Aspekte folgen im nächsten Paket. Die wichtigste und gewichtigste Änderung liegt im Bereich der Gestaltungspläne. Das Konzept höhere Bauten erlaubt, wo sinnvoll und sofern städtebaulich bessere Lösungen erzielt werden können, mehr Grünflächen zu schaffen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass auch in der Gewerbezone höher gebaut werden darf, bei Bauten bis 30 Meter ohne Gestaltungsplan. Die FDP wird dem Geschäft geschlossen zustimmen, sofern nicht gewichtige Abänderungsanträge aus dem Rat folgen. Die Vorlage ist ausgewogen und verdient die Zustimmung des Einwohnerrates.

Marco Negri, SVP

GK 84 ist ein wichtiges und wegweisendes Geschäft für Zofingen. Es wurde intensiv diskutiert. Die Stossrichtung wird grossmehrheitlich begrüsst. Nebst den Möglichkeiten der Gestaltungspläne wird auch das höhere Bauen begrüsst. In vielen Paragraphen erhält der Stadtrat mit Kann-Formulierungen umfassende Kompetenzen, um Einfluss auf Bauvorhaben zu haben. Anträge, welche zur Eindämmung dieser Kompetenzen führen, werden voraussichtlich unterstützt. Das obligatorische Konkurrenzverfahren lehnt die SVP ab. Aufgrund der vorgesehenen vielen zwingenden Schritte in der Planung ist ein zusätzliches obligatorisches Konkurrenzverfahren nicht nötig. Er bittet den Rat um Unterstützung des entsprechenden Antrags. Die übrigen Anträge werden von der Fraktion grossmehrheitlich gutgeheissen.

Daniel Hölzle, Grüne/Alternative

Die Fraktion Grüne/Alternative stimmt dem Geschäft zu. Die Fraktion wird den Stadtrat in Pflicht nehmen, dass die mit dem höheren Bauen geschaffenen Grünflächen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Bei der Bepflanzung ist auf einheimische Arten zu achten.

Viviane Hösli, SP

Der SP fehlt der Weitblick beim Thema höheres Bauen. Das Geschäft wird mehr Auswirkungen haben, als die Totalrevision der BNO. Die Fraktion stimmt der Vorlage grundsätzlich zu. Es fehlt aber die übergeordnete Ebene, z. B. Zielsetzungen für die verschiedenen Gebiete in der Stadt. Auch fehlen Aussagen zur Vertragsgestaltung bei Planungsvorteilen mit Bauherren. Der Stadtrat hätte ein Reglement mit den groben Vorgaben dazu unterbreiten können. Die Fraktion benötigt für die Zustimmung konkrete Aussagen des Stadtrates zur Umsetzung der Planungsvorteile. Der Stadtrat hat es zudem verpasst, Aussagen zu einem allfällig nötigen Infrastrukturausbau zu machen. Die SP hat eine Vision für die Zukunft: Wachstum darf stattfinden, aber Zofingen soll eine Stadt mit Lebensqualität bleiben. Grosse Veränderungen lösen Angst in der Bevölkerung aus. Das ist bei der Ankündigung der höheren Bauten passiert. Die Volksvertretenden müssen darauf eingehen. Ohne weitere Ausführungen kann die SP deshalb dem Geschäft nicht zustimmen. Dazu braucht es heute in der Sitzung Antworten des Stadtrates. Einem Behördenreferendum würde die Fraktion zustimmen.

Marco Arni, DYM/glp

Wir alle sind doch Raumplanungsexperten und wissen genau, wo und wie gebaut werden müsste. Dem ist aber halt nicht so. Die Frage nach dem gesunden Mittelmass hat sich in der Fraktion gestellt. Die Fraktion war sich dabei nicht ganz einig. Gestaltungspläne sind ein sinnvolles Mittel. Die beiden zusätzlichen Geschosse werden mehrheitlich gutgeheissen. Es ist aber eine Verschiebung der Kompetenz zum Stadtrat festzustellen. Der Stadtrat wird bei der Umsetzung seiner Kompetenzen sehr gut hinschauen müssen. Mehr Mühe hatte die Fraktion mit dem Gesamtkontext. Es handelt sich um eine Teilrevision, ein erster Schritt. Der Stadtrat genießt einen Vertrauensvorschuss dahingehend, dass er die weiteren Themen in nächsten Paketen effektiv auch angeht. Es ist nun ein erster Nagel mit Kopf zu machen. Die Mehrheit der Fraktion gibt dem Stadtrat diesen Vertrauensvorschuss. Die "Lex Swissprinters", wie das Projekt auch genannt wird, nimmt den Entwicklungsschwerpunkt westlich des Bahnhofs auf. Für Investoren scheint die gemischte Nutzung nach wie vor interessant. Es ist klar, die Stadt ist nicht Bauherrin. Die Stadt ist deshalb auf Investoren angewiesen. Ob 38 Meter die richtige Maximalhöhe ist, kann nicht abschliessend beurteilt werden. Es ist ein Kompromiss zwischen verschiedenen Aspekten. Auch die jeweiligen Zonen, in denen höheres Bauen möglich sein wird, wurden diskutiert. Auch das ist ein Kompromiss und erscheint als machbarer Weg. Die Schaffung der Zonen heisst sodann noch nicht, dass sofort überall höher gebaut wird. Schliesslich müssen die Bauprojekte immer auch noch individuell im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens beurteilt werden. Entsprechend stimmt die Fraktion insgesamt mehrheitlich bis einstimmig dem Geschäft zu.

Eintreten ist nicht bestritten.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Es ist bereits gesagt worden, eine Ortsplanung ist immer ein Kompromiss zwischen möglichst viel und möglichst wenig Regulierung. Eine hohe Siedlungs- und Arbeitsqualität ist das Ziel. Es gibt aufgrund der Kann-Formulierungen Kompetenzverschiebungen hin zum Stadtrat. Qualität braucht aber genau diesen Beurteilungsspielraum des Stadtrates. Man kann nicht alles fest in die Nutzungsplanung hineinschreiben. Der Stadtrat ist aber nicht alleinige Beurteilungsbehörde. Es braucht immer auch den Kanton und eine unabhängige Drittbeurteilung. Deshalb erscheint diese Delegation als vertretbar. Der Stadtrat hat die Standpunkte des Siedlungsentwicklungskonzepts 2025 aufgenommen. Dies wurde im Bericht positiv erwähnt. Der Stadtrat hat insofern einen längeren Horizont einfließen lassen. Bezüglich Infrastrukturausbau Prognosen zu machen ist schwierig, insbesondere bei

der Schulinfrastruktur. Beim Projekt "Swissprinters" z. B. ist aufgrund der eher kleineren Wohnungen unklar, ob es überhaupt zusätzliche Schulkinder geben wird. Die Verkehrssituation und die Erschliessung werden im Rahmen eines Gestaltungsplanes immer zwingend abgeklärt. Im Rahmen des partizipativen Vorgehens bei dieser Revision konnten sich alle Einwohnenden ohne formelle Anforderungen beteiligen. Die Infoveranstaltungen waren eher schlecht besucht. Im Rahmen der öffentlichen Auflage schliesslich waren wiederum Eingaben möglich. Es ist nur eine begrenzte Zahl an Eingaben erfolgt. Es war also einer breiten Basis möglich, sich einzubringen.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Vorlage wird im Detail beraten.

Michael Wacker, SP

Zu: II Ausgangslage

In der letzten BNO-Totalrevision wurde eine Neuformulierung der kommunalen Kulturobjekte in Aussicht gestellt. Das ist sieben Jahre her. Warum wurde dies nicht bereits jetzt aufgenommen?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

In der Tat wurde dies in Aussicht genommen. Es gab in der Folge eine grosse Liste, was in der aktuellen Revision alles angegangen werden muss. Die Liste umfasste ca. 15 Positionen. Es war unmöglich, dies alles in einem Paket unterzubringen. Deshalb hat der Stadtrat sich entschieden, verschiedene Pakete zu machen. Die kommunalen Kulturobjekte sollen im zweiten Paket angegangen werden. Der Kanton gab dazu sein ok und hat auf eine alternative Schutzkonzeption mittels Verfügung des Stadtrates hingewiesen. Diese Lösung ist noch in Erprobung in Lenzburg. Der Stadtrat möchte die Ergebnisse dieses Versuchs abwarten, bevor er sich für die eine oder andere Variante entscheidet. Im Rahmen eines Gestaltungsplanes werden sodann schon heute geschützte Objekte zwingend abgehandelt.

Mischa Berner, DYM/glp

Er stellt die Änderungsanträge der Spezialkommission:

1) § 4b Abs. 2 Gestaltungspläne

*Die Bauten und Freiräume sind gut in das bestehende Umfeld und in die topografischen Verhältnisse zu integrieren. Es ist eine attraktive Gestaltung der **[gestrichen]** Freiräume und Vorplätze mit hoher Aufenthaltsqualität und Bezug zum Strassenraum zu erreichen. **Die Freiräume können öffentlich erklärt werden.***

Die Kommission möchte mit der expliziten Nennung der öffentlichen Zugänglichkeit die Wichtigkeit des Anliegens betonen. Deshalb beantragen sie die Beibehaltung dieses Passus.

Der Antrag wird mit 21:18 angenommen.

2) § 4d Abs. 2 Höhere Bauten in Wohn- und Mischzonen – zweites Lemma

2 Der Gestaltungsplan stellt sicher, dass Höhere Bauten städtebaulich und verkehrstechnisch geeignet sind und beinhaltet insbesondere

- ...

- *die Erschliessung durch den privaten und öffentlichen Verkehr **[Rest gestrichen]***

Auf den Verweis VSS Norm ist zu verzichten. Einerseits wird die Parkierung im Rahmen der Erschliessung im Gestaltungsplan überprüft und andererseits macht es keinen Sinn, einen starren Verweis auf aussenstehende Normen zu machen.

Der Antrag wird mit 36:1 (2 Enthaltungen) angenommen.

3) § 4d Abs. 2 Höhere Bauten in Wohn- und Mischzonen – drittes Lemma

² Der Gestaltungsplan stellt sicher, dass Höhere Bauten städtebaulich und verkehrstechnisch geeignet sind und beinhaltet insbesondere

- ...

- ...

- *dass die Abstellplätze **mit Ausnahme der Besucherparkplätze**, in unterirdischen **oder mehrgeschossigen** Sammelgaragen zusammengefasst werden **müssen***

Parkplätze, ausgenommen Besucherparkplätze, sind grundsätzlich unterirdisch oder in mehrgeschossigen Sammelgaragen zusammenzufassen. Der Stadtammann erklärt das Zustandekommen dieses Vorschlages.

Der Antrag wird einstimmig mit 39:0 angenommen.

4) § 4e Abs. 1 Höhere Bauten in Arbeitszonen – zweites Lemma

- ...

- *[gestrichen]*

Das ganze zweite Lemma ist zu streichen. Das vorgeschriebene Mobilitätskonzept beinhaltet bereits die Erschliessung.

Der Antrag wird mit 38:0 (1 Enthaltung) angenommen.

5) § 4e Abs. 1 Höhere Bauten in Arbeitszonen – drittes Lemma

- ...

- ...

- *der Stadtrat kann verlangen, dass die Abstellplätze in unterirdischen **oder mehrgeschossigen** Sammelgaragen zusammengefasst werden*

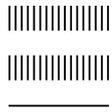
Dies ermöglicht wiederum, oberirdische, mehrstöckige Sammelgaragen zu erstellen.

Der Antrag wird mit 37:0 (2 Enthaltungen) angenommen.

6) § 22 Abs. 3 Umgebungsschutzzone

³ In der Umgebungsschutzzone ist im Rahmen eines Gestaltungsplanes höchstens ein zusätzliches Vollgeschoss zulässig, sofern dadurch eine städtebaulich bessere Gesamtlösung erreicht werden kann. Im Rahmen einer Arealüberbauung dürfen die zonengemässen Gebäude- und Firsthöhen nicht überschritten werden.

Es soll maximal ein zusätzliches Geschoss in allen Umgebungsschutzonen möglich sein, nicht nur in der Unteren Vorstadt. Ausgenommen ist W/WA2.



Der Antrag wird mit 38:1 angenommen.

Michael Wacker, SP

Zu: V Massnahmen, 1. Erläuterungen Bauzonenplan

Es gibt gemäss Vorlage keine Flächen mit zu leistenden Mehrwertabgaben. Die Interventionen 15, 16 und 17 waren im ursprünglichen Bericht aber für eine Mehrwertabgabe vorgesehen. Weshalb sind 15 und 17 nun in der Vorlage nicht mehr erwähnt?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Zwei der Einzonungen sind rausgefallen, weil die damit verbundene Berechnung der Mehrwertabgaben durch den Kanton zu viel Zeit in Anspruch genommen und das Geschäft so unnötig verzögert hätten. Diese Einzonungen werden im nächsten Paket folgen, der Kanton hat in der Zwischenzeit die personellen Ressourcen für die Berechnung der Mehrwertabgaben erhöht. Es gibt sodann eine Grenze bei Einzonungen, unter welcher keine Mehrwertabgabe fällig wird. Die dritte Intervention liegt unter dieser Grenze, weshalb keine Abgabe fällig wird.

Andrea Plüss-Bernhard, DYM/EVP

Zu: V Massnahmen, 1.3 Umzonungen

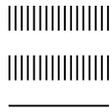
Sie stellt einen Antrag auf Nichtumzonung der Teilgebiete Swissprinters und Cartub von der Arbeitszone (AR) in die Wohn- und Arbeitszone (WA4) mit Gestaltungsplanpflicht. Die Arbeitszone soll beibehalten werden. Eine Zentrumsgemeinde soll auch Arbeitsplätze umfassen, nicht nur Wohnen. Das Areal Brühl alleine dürfte als Arbeitszone nicht ausreichen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Das kantonale Raumkonzept teilt Zofingen in die Kernstädte ein. Das Konzept beurteilt als Peripherie schlecht erschlossene Gemeinden. Die Stadt Zofingen als Ganzes hat keine peripheren Gebiete. Zofingen ist aufgrund der guten Anbindung mit ÖV im kantonalen Raumkonzept prädestiniert, Wachstum aufzunehmen. Die Lage beim Bahnhof ist ideal für ÖV-gestützte Mobilität. Zofingen will weiterhin ein Verhältnis von 0,8 bis 1 Arbeitsplätze zu Einwohnenden beibehalten. Die aktuellen Reserven im Siegfried-Areal sind genügend, sie sind nicht innerhalb kürzester Zeit vergeben. Im Bereich Cartub erschweren die mit den Altlasten verbundenen finanziellen Aufwände eine reine Gewerbenutzung. Beim Areal Swissprinters benötigt die heutige Industrie weniger Fläche. Der Stadtrat hat in den letzten 10 Jahren bewiesen, dass nicht einfach exorbitantes Wachstum angesagt ist, sondern qualitativ gutes Wachstum. Das Wachstum soll aber auch nicht verhindert werden. Nicht mehr zu wachsen bringt Folgen mit sich – beim Verkehr oder auch bei der Berücksichtigung bei kantonalen oder überregionalen Institutionen, siehe aktuell das Beispiel Berufsschule oder in der Vergangenheit die Diskussionen um die Kantonsschule.

Viviane Hösli, SP

Sie hat grosse Sympathien für den Antrag. Die Ausscheidung der beiden Gebiete würde ermöglichen, das Thema Planungsvorteile für die beiden Teilgebiete wiederaufzunehmen. Es könnte ein entsprechendes Reglement sauber aufgegleist und in einer zweiten Etappe könnten die Umzonungen realisiert werden.



Tobias Hottiger, FDP

Bezüglich Streichungsantrag: Hat jemand aus der Familie von Andrea Plüss Wohneigentum im oder am betreffenden Perimeter? Falls ja, würde er beantragen, dass Andrea Plüss in den Ausstand tritt.

Andrea Plüss-Bernhard, DYM/EVP

Unser Grundstück grenzt nicht direkt an den Perimeter.

Christian Läubli, FDP

Wenn alle für verdichtetes Bauen sind, weshalb soll es dann gerade an den besten und sinnvollsten Lagen direkt beim Bahnhof nicht realisiert werden? Man will etwas Sinnvolles verhindern, was unverständlich ist. Er bittet, den Antrag abzulehnen.

Michael Wacker, SP

Seiner Meinung nach hat die Vorlage zu viele Kann-Formulierungen. Er spricht sich für das Verdichten aus. Statt in die Fläche wird nun mit gleicher Ausnützung in die Höhe gebaut. Die BNO der Stadt Rheinfelden hat praktisch keine Kann-Formulierungen, dafür detaillierte Zielvorgaben für 17 gestaltungspflichtige Gebiete.

Sandra Olar, SP

Bei dem Thema Umzonung hat der Stadtrat eine Chance vertan. In anderen BNO's wird auch für Umzonungen eine Mehrwertabgabe vorgesehen. Weshalb ist das hier nicht vorgesehen?

Rudolf Günthardt, FDP

Er hat das Gefühl, dass es der SP nur um die Anzahl Seiten der BNO geht. Er bittet um Zustimmung und das Vertrauen in den Stadtrat.

Adrian Borer, DYM/glp

Die aktuelle Arbeitszone im Areal Brühl umfasst noch sehr viele freie Areale. Man vergibt sich mit der Umzonung des Swissprinter-Areals deshalb keine Arbeitsplätze in Zofingen.

Robert Weishaupt, DYM/CVP

Er stellt den Ordnungsantrag auf Abstimmung über den Antrag von Andrea Plüss.

Der Antrag wird mit 31:5 (4 Enthaltungen) angenommen.

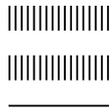
Antrag

Der Absatz "1.3 Umzonung" im Kapitel "V Massnahmen" ist ersatzlos zu streichen.

Der Antrag wird mit 9:29 (1 Enthaltung) abgelehnt.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Es gibt sehr wohl Vorgaben für die Gestaltungspläne der einzelnen Gebiete. Es geht dem Stadtrat primär um Qualität bei gleichzeitigem Kreativitäts-Spielraum für die Bauherren. In Aarau spricht man von ganz anderen Hochhäusern, trotz Vorgaben.



Viviane Hösli, SP

Der SP geht es nicht darum, nur viele Paragraphen zu schaffen. Sie erinnert aber an andere Vorlagen, bei denen über jedes Detail entschieden wird. Hier gehören mehr Details in die BNO.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Synopse wird im Detail beraten.

Marco Negri, SVP

Zu: § 4b Gestaltungspläne

Er beantragt die Streichung des Konkurrenzverfahrens, wie im Eingangsvotum bereits angekündigt und begründet.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann

Der Stadtrat möchte am Antrag festhalten. Mit der Kann-Formulierung kann auf die Qualität Einfluss genommen werden.

Michael Wacker, SP

Will die SVP tatsächlich den Wettbewerb ausschliessen?

Marco Negri, SVP

In diesem Falle ja, weil der Grundeigentümer seine Freiheiten nutzen und seinen Architekten frei wählen können soll. Es sind schon genügend Massnahmen zur Qualität vorgesehen.

Antrag

In der zur Abstimmung vorliegenden Bau- und Nutzungsordnung (BNO) sei im Abschnitt Gestaltungspläne der Art. 4b Abs. 4 ersatzlos zu streichen.

Der Antrag wird mit 19:18 (2 Enthaltungen) angenommen.

Robert Weishaupt, DYM/CVP

Zu: § 4d Höhere Bauten in Wohn- und Mischzonen

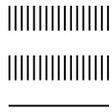
Er stellt einen Antrag auf Begrenzung der maximalen Gebäudehöhe auf 30 Meter. Ab 30 Meter gelten sowieso erhöhte Brandschutzvorschriften und die Ausnutzung wird mit höherem Bauen nicht erhöht. Insofern ergeben sich aus 38 Metern Höhe keinen Vorteil. Vom Heitern brauchen wir keinen Ausblick auf Hochhäuser.

Antrag

§ 4d Abs. 2

Die maximale Gebäudehöhe in Zofingen soll auf 30 Meter beschränkt werden. Somit ist der Satz zu ändern: ... Die maximale Gebäudehöhe beträgt 30 m...

Der Antrag wird mit 9:29 (1 Enthaltung) abgelehnt.



Miriam Ruf-Eppler, DYM/EVP

Sie stellt den Antrag auf ein Behördenreferendum. Der heutige Entscheid soll nicht allein vom Einwohnerrat gefällt werden. Die Bevölkerung soll sich zu dieser Vorlage äussern können.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Er bittet, den Antrag nicht anzunehmen. Wir sprechen von einer sehr komplexen Materie, die in einem partizipativen Prozess erarbeitet wurde. Die Bevölkerung hatte mehrfach die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Im Fall einer Ablehnung wissen wir nicht, was wir anders machen müssten. Dafür ist genau die Debatte im Einwohnerrat da. Wenn die Bevölkerung wirklich eine Abstimmung möchte, gibt es die Möglichkeit für ein fakultatives Referendum.

Michael Wacker, SP

Er macht trotz des langen Vorlaufes beliebt, das Stimmvolk darüber abstimmen zu lassen. Er masst sich nicht an, für 2,5 % der Zofinger Bevölkerung zu sprechen. Wenn die Vorlage gut ist, wird sie auch beim Stimmvolk durchkommen. Die Meinungen gehen quer durch die Parteien auseinander. Hier wäre ein basisdemokratischer Entscheid angebracht.

Yolanda Senn Ammann, Farbtupfer

Wir haben zwar eine Stunde diskutiert, davor wurde aber nur in der Spezialkommission diskutiert. Es gäbe noch mehr zu diskutieren. Die Geschäfte aus den Spezialkommissionen sollten künftig in der FGPK noch schlussdiskutiert werden. Beim vorliegenden Geschäft sollte das Stimmvolk das letzte Wort haben.

Stefan Giezendanner, SVP

Mir scheint, der Einwohnerrat ist etwas verwirrt heute. Das Geschäft ist gut vorbereitet. Wenn der Einwohnerrat solche Geschäfte nicht mehr absegnen darf, dann müssten wir mit vielen anderen Geschäften auch vor das Volk.

Mischa Berner, DYM

Wir sind als Einwohnerräte gewählt, solche Geschäfte zu beraten und darüber zu entscheiden. Wenn das Volk eine Abstimmung möchte, gibt es das fakultative Referendum.

Viviane Hösli, SP

Im Sinne einer Empfehlung an die Stimmenden wird der Einwohnerrat heute einen Entscheid fällen und so seine Arbeit machen, auch wenn es ein Behördenreferendum gibt.

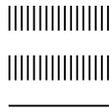
Antrag

Die Teilrevision Bauzonen- und Kulturlandplan, Umsetzung 1. Paket (GK 84) soll dem fakultativen Referendum gemäss §7 Abs. 1 der Gemeindeordnung unterstellt werden (Behördenreferendum).

Der Antrag wird mit 15:23 (1 Enthaltung) abgelehnt.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen, daher folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge, inklusive der im Lauf der Diskussion gutgeheissenen Änderungsanträge:



1. *Die Teiländerung des Bauzonenplanes sei zu beschliessen.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 27:12 angenommen.

2. *Die Teiländerung der Bau- und Nutzungsordnung sei zu beschliessen.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 28:10 (1 Enthaltung) angenommen.

Art. 39

Abwasserbeseitigung

GK 85

GEP-Umsetzung 2019 – Bewilligung Investitionskredit für die hydraulische Kapazitätserhöhung der Mischwasserleitung in der Mühlethalstrasse zwischen Ackerstrasse und Künsgoldingerstrasse

Marco Negri, Referent FGPK

Er fasst das Ziel der Vorlage zusammen. Es geht um die Erhöhung der hydraulischen Kapazität und um die Reduktion des Risikos einer hydraulischen Überlastung. Die FGPK hat sich die Frage gestellt, ob es nicht dann einfach beim nächstfolgenden Leitungsabschnitt zu Engpässen kommen könnte. Das ist gemäss den Fachpersonen nicht der Fall. Die FGPK empfiehlt somit einstimmig die Annahme.

Rudolf Günthardt, FDP

Die FDP Fraktion schliesst sich dem Votum der FGPK an und beantragt Zustimmung zum Geschäft.

Martin Willisegger, SVP

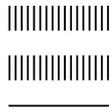
Die Vorlage war bei der SVP unbestritten. Die bestehende Schwäche im System soll behoben werden. Unschön ist die lange Verkehrsbehinderung auf der Mühlethalstrasse. Der Fraktion ist es ein besonderes Anliegen, die Störung mit geeigneten Massnahmen möglichst kurz zu halten. Auch dieses Mal ist ein GEP-Vorhaben teurer als im Investitionsplan eingestellt. Die SVP stimmt dennoch geschlossen zu.

Gian Guyer, Grüne/Alternative

Die Fraktion stimmt GK 85 und GK 86 zu. Besonders erfreut ist die Fraktion über die Renaturierung, welche mehr Oberflächenwasser zu schlucken vermag.

Michael Wacker, SP

Die Vorlage ist unbestritten. Die Fraktion weist aber darauf hin, dass irgendwann mit dem Trennsystem begonnen werden muss. In dieser Vorlage ist dies nicht der Fall. Das Kaliber wird beim Kontrollschacht 212 verkleinert. Beim Kontrollschacht 222 gab es Schadenmeldungen. Ist der Perimeter der Sanierung deshalb gross genug? Die GEP Tranchen werden künftig noch viel Geld kosten.



Marco Arni, DYM/glp

Courant Normale beim GEP gibt es seit den Hochwasserereignissen wohl nicht mehr. Die Kosten werden steigen. Wasserabflüsse werden uns künftig mehr kosten. Das revidierte GEP soll einen grösseren Überblick über die künftigen Hotspots geben. Die Fraktion stimmt zu.

Eintreten ist nicht bestritten.

Andreas Rüeegg, Stadtrat

Die Verkehrsproblematik ist bekannt und wird ernst genommen. Insbesondere wegen der Lage beim Spital wird das sehr genau angeschaut werden. Bezüglich Trennsystem ist dem Stadtrat bewusst, dass die Umsetzung kommen muss. Auch hinsichtlich der beiden genannten Kontrollschächte ist die Situation bekannt und wurde genau angeschaut. Im Bereich Hochwasserschutz und generell beim GEP werden wir in den nächsten Jahren mehr Geld investieren müssen.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Nachdem das Wort nicht verlangt wird, folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Für die Umsetzung der GEP-Massnahmen 2019 sei zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung ein Bruttokredit von CHF 630'000 (inkl. MWST), abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 39:0 Stimmen angenommen.

Art. 40

Gewässer

GK 86

Riedtalbach – Ausdolung, Renaturierung und Hochwasserschutz; Investitionskredit

Anders Sjöberg, Referent FGPK

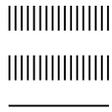
Er fasst die Vorlage kurz zusammen und führt aus, was gemacht werden soll. Der Bach gehört dem Kanton, das Projekt wird aber durch die Stadt betreut. Etwa die Hälfte der Kosten gehen zu Lasten der Stadt, die restlichen Kosten werden von Bund und Kanton sowie eventuell Dritten getragen. Die Bepflanzung wird mit einheimischen Pflanzen vorgenommen. Die FGPK stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Rudolf Günthardt, FDP

Die FDPK ist grundsätzlich einstimmig für das Projekt. Schade ist, dass man aufgrund der negativen Haltung von Grundeigentümern diese Arbeiten nicht 2013/2014 schon machen konnte. Es wird dadurch nun insgesamt teurer.

René Schindler, SVP

Auch die SVP stimmt dem Vorhaben zu. Das Projekt ist zweckmässig. Die Fraktion hält aber fest, dass der Unterhalt künftig sichergestellt werden muss. Die Renaturierung der Gewässer erfordert einen intensiven Unterhalt. Dieser wurde bei anderen Bächen in der Vergangenheit vernachlässigt.



Michael Wacker, SP

Auch die SP steht einstimmig hinter dem Projekt. Sie hat sich nur die Frage gestellt, ob man einen Teil der Mehrkosten den Landeigentümern in Rechnung stellen kann, die sich 2013/2014 gegen die Massnahmen gewehrt hatten.

Robert Weishaupt, DYM

Es gibt beim betreffenden Bachabschnitt heute Stau bei Hochwasser, ähnlich wie beim Verkehr am Gotthard. Es wird hoffentlich ein gleich langlebiges Bauwerk wie der Gotthard geschaffen. Die Fraktion ist für die Vorlage.

Eintreten ist nicht bestritten.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Es folgen keine Wortmeldungen, daher folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Für die Ausdolung des Riedtalbaches auf den Parzellen 1641 und 1880 und die zugehörigen Renaturierungsmassnahmen sei zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebes Abwasser ein Bruttokredit von CHF 431'000 (inkl. MWST), zuzüglich allfällige Teuerung, abzüglich Beiträge Dritter, zu bewilligen.

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 39:0 Stimmen angenommen.

Art. 41

Schulbauten

GK 83

Umsetzung Schulraumplanung GMS/Bez-Schulhaus – Bewilligung eines Zusatzverpflichtungskredits für den Studienauftrag

Robert Weishaupt, Präsident Spezialkommission

Er fasst die Vorgeschichte und die Arbeit der Spezialkommission zusammen. Der Zusatzkredit ist nötig, weil aufgrund der Zwischenstands-Rückmeldungen der Planer Teams im Wettbewerb die Frage der bestehenden Turnhallen aufgeworfen und auch ein Abbruch als Möglichkeit in Betracht gezogen wurde. Die denkmalpflegerischen Gesichtspunkte wurden nochmals vertieft abgeklärt sowie auch das Raumprogramm der Schulen. Die Erweiterung des Raumprogramms macht Sinn und schafft Raumreserven für das Zusammenwachsen der Schulstufen. Auch die mögliche Zusammenarbeit mit Strengelbach und Brittnau würde Raum benötigen. Zum jetzigen Zeitpunkt fehlen Schulräume für Zofinger Schülerinnen und Schüler. Die Planer Teams müssen diesbezüglich aber aufzeigen, wie künftige Erweiterungen vorgenommen werden können. Die zeitlichen Verzögerungen können über das neue Quartierschulhaus BZZ aufgefangen werden, bevor die neuen Schulräume aus dem vorliegenden Bauprojekt umgesetzt sind. Es benötigt drei neue Turnhallen, weil die heutigen nicht mehr BASPO-konform resp. nicht mehr turnbar sind. Wenn nicht drei neue Hallen gebaut werden, sind bei der Kostenberechnung nicht nur die Neubaukosten in Betracht zu ziehen, sondern auch die Sanierungskosten für die verbleibende alte Halle. Unter dem Strich resultiert in etwa ein Nullsummenspiel, wenn die nötigen Sanierungskosten mit in Betracht gezogen werden. Die Kosten wurden intensiv diskutiert. Die CHF 800 pro Quadratmeter liegen im Schnitt solcher Projekte. Ein

Kostendach wurde nicht vorgegeben, weil sonst das Risiko besteht, dass alle Planer an die Kostengrenze planen und kein Anreiz besteht, Einsparungen zu realisieren. Bei den Kriterien stehen die architektonischen Punkte im Vordergrund. Die Zweckmässigkeit muss aber ebenfalls berücksichtigt werden. Bei den Kosten darf das Zepter nicht einfach den Architekten überlassen werden. Es braucht eine konsequente Bauherrenvertretung. Die Kommission empfiehlt dem Rat einstimmig die Zustimmung zur Vorlage. Der Präsident spricht den Dank an Stadtrat, Planungskommission, Bereich Hochbau und Liegenschaften und Spezialkommission aus.

Christian Nöthiger, SP

Die SP stimmt der Vorlage einstimmig zu. Das Projekt hat sich über die Zeit Schritt für Schritt entwickelt. Es wurde vom Wohnerrat und den Mitgliedern der Spezialkommission sehr stark mitgeprägt. Ein sorgfältiges Vorgehen ist wichtig. Das vorliegende Raumprogramm und die Herangehensweise bei den Turnhallen ist richtig, auch wenn überraschend ist, dass man erst jetzt zum Schluss kommt, dass die untere Turnhalle nicht mehr turnbar ist. Die Verbesserungen durch die Denkpause sind zu begrüßen.

Daniel Hölzle, Grüne/Alternative

Auch die Grünen/Alternativen stimmen der Vorlage zu. Das neue Raumprogramm macht Sinn. Es wurde versichert, dass die Anforderungen des Lehrplans 21 berücksichtigt worden sind. Wichtig ist, dass das Zusammenwachsen der Stufen nicht erst angegangen wird, wenn die Räume gebaut sind. Es muss schon jetzt vorwärts gemacht werden.

Yolanda Senn Ammann, Farbtupfer

Es geht hier eigentlich nicht um einen Zusatzkredit, sondern um eine Konzeptänderung. Es wird langsam zum Selbstläufer. Man hat ursprünglich von zusätzlichen Räumen gesprochen, nun gibt es einen Campus. Vermögen wir das? Sie wird dem Antrag nicht zustimmen.

Anders Sjöberg, DYM/glp

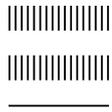
Im Nachhinein muss man sagen, dass wir die Verzögerung selber verantworten müssen. Die Einschränkungen waren hausgemacht und das ursprüngliche Raumprogramm mutet im Rückblick nicht sehr professionell an. Die Zusatzkosten sind im Verhältnis zum Gesamtprojekt nicht gross. Wir stimmen dem Antrag ohne Begeisterung zu, eine Ablehnung wäre die schlechtere Alternative.

Markus Gfeller, SVP

Auch die SVP hat Kritik anzubringen. Es läuft nicht gut mit dem Projekt. Schon im Juni 2017 gab es Diskussionen wegen Unklarheiten beim Konzept. Dass die Inputs der Planer Teams zu einer Pause führen, ist nachvollziehbar. Dass beim Raumprogramm aber nun nur nach oben korrigiert wurde, ist nicht nachvollziehbar. Wir gehen davon aus, dass beim Projekt die Anforderungen nun alle geklärt sind und keine zusätzlichen Wünsche folgen. In der Detailberatung wird ein Antrag folgen.

Jakob Lang, FDP

Der vorliegende Kredit ist nicht losgelöst von GK 142 zu betrachten. Damals wurde beschlossen, ein Oberstufenzentrum zu schaffen und die Oberstufe zusammenzuführen. Dafür wird es endlich Zeit. Das Raumprogramm ist strategisch begründet und erhält uns die Zukunftsfähigkeit nach innen und nach aussen. Der Studienauftrag von GK 142 ist verunglückt, weil unnötig Scheuklappen angezogen



wurden. Das Bezirksschulhaus ist nicht geschützt, das wurde zum Glück doch noch bemerkt. Deshalb braucht es nun einen Nachtrag, um zu korrigieren. Bedenklich ist aber, dass man dann diverse Mehrwünsche eingeflochten hat. Die Beurteilungskriterien sind für die FDP wichtig. Es geht fast nur um Architektur. Hier muss man genauer hinschauen. Bald schon folgt der Projektierungskredit. Dann wird man sehen, was das Schulhaus kosten wird. In der Volksabstimmung dazu müssen wir uns der Frage stellen, ob wir so viel Geld ausgeben wollen und können. Dazu brauchen wir ein Konzept, ausgehend vom Kopf der Schule, dem Schulleiter. Auch die Schulpflege ist in der Verantwortung für die übergeordnete strategische Verantwortung. Und schliesslich ist der Stadtrat gefordert, das Projekt entsprechend zu fördern. Die Schulstufen müssen zusammenwachsen. Die FDP hilft gerne mit, die Projektstudien zu unterstützen und, wenn die Wirtschaftlichkeit vernünftig ausfällt, anschliessend auch das Projekt.

Eintreten ist nicht bestritten.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Für ihn ist wichtig, dass der Einwohnerrat 2017 ja zum einem Oberstufenzentrum gesagt hat. Auch heute hört er grosse Unterstützung, was er verdankt. Die Kosten sind auch für den Stadtrat, die Schulpflege und die Kommission ein Sorgenpunkt. Deshalb dachte man ursprünglich auch, die untere Turnhalle nicht anzugehen. Die Kosten beruhen auf groben Machbarkeitsstudien. Effektiv Kostengewissheit hat man erst im Herbst, wenn die Projekte vorliegen. Es ist auch dem Stadtrat ein Anliegen, dass die Kosten im Rahmen der heute bekannten Zahlen bleiben. Ein echtes Raumprogramm wurde erst nach dem Entscheid des Einwohnerrates im 2017 erarbeitet. Das mag im Nachhinein ein Fehler gewesen sein und würde bei einem neuen Projekt möglicherweise anders angegangen werden. Bezüglich Kriterien wurde auch in der Kommission die Frage nach dem Baustandard gestellt. In einer nächsten Sitzung in der Spezialkommission wird dieses Thema vertieft behandelt. Vergleiche mit anderen Projekten liegen vor. Mit den Kosten müssen wir im Verhältnis bleiben. Der Lehrplan 21 wurde tatsächlich einbezogen. Das Zeitprogramm ist effektiv ein Jahr im Rückstand.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Vorlage wird im Detail beraten.

Markus Gfeller, SVP

Zu: II Anpassungen gegenüber den ursprünglichen Vorgaben gemäss GK 142

Er stellt einen Zusatzantrag bezüglich langfristiger Wirtschaftlichkeit:

Für den Studienauftrag ist die langfristige Wirtschaftlichkeit der Investition als ein zentrales Beurteilungskriterium zu definieren. Zu diesem Zweck sind neben den Baukosten auch die längerfristigen Betriebs- und Unterhaltskosten in die Überlegungen einzubeziehen. Bei den Investitionskosten ist die Wirtschaftlichkeit mittels Benchmark-Vergleichen nachzuweisen.

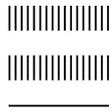
Hans-Martin Plüss, Stadtrat

Der Zusatzantrag entspricht der Stossrichtung, er kann so angenommen werden.

Der Antrag wird mit 37:1 (1 Enthaltung) Stimmen angenommen.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:



1. *Von den Änderungen zum Raumprogramm gemäss II Kap. 1. mit der gegenüber GK 142 zusätzlichen Turnhalle sei Kenntnis zu nehmen.*

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 39:0 Stimmen angenommen.

2. *Der am 26. Juni 2017 (GK 142) bewilligte Verpflichtungskredit von CHF 450'000 (zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten) für den Studienauftrag Ersatzneubau Schulraum SeReal sei um einen Zusatzkredit von CHF 190'000 auf CHF 640'000 (zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten) aufzustocken.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 38:1 Stimmen angenommen.

Art. 42

Verwaltungsorganisation

GK 87

Zusammenarbeit zwischen dem Regionalverband zofingenregio und der Stadt Zofingen bei regionalen Integrationstätigkeiten – Stellenbegehren von gesamthaft 125 %

Michael Wacker, Referent FGPK

Er fasst den Inhalt und die Ziele der Vorlage zusammen. Die FGPK hat die Alternative eines Einkaufs der Dienstleistungen auf dem freien Markt diskutiert, was im Ergebnis offenbleiben kann. Unbekannt ist, wie sich der Asyl- und Flüchtlingsbereich entwickelt. Unklar ist auch, wie genau die Finanzierung ab Ende 2019 im Asylwesen weitergeht. Die FGPK hat die Frage aufgeworfen, ob die Luzerner Mitgliedsgemeinden von zofingenregio "gesponsert" werden. Dies wurde klar verneint. Bei der Koordinationsstelle müsste das weitere Vorgehen neu beurteilt werden, wenn die Gelder aus dem Swisslosfonds nicht mehr fliessen sollten. Die Frage der Stellenbefristung wurde ebenfalls diskutiert. Befristet auszuschreiben würde aber wohl negative Auswirkungen auf die Bewerbungen haben. Die FGPK geht davon aus, dass bei massgebenden Änderungen der Finanzierung die Vorlage wieder vor den Einwohnerrat kommt. Die FGPK stimmt der Vorlage zu.

Christian Läubli, FDP

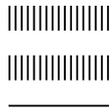
Die FDP ist grundsätzlich kritisch bei automatisierten Stellenerhöhungen bei strukturellen und organisatorischen Veränderungen wie im vorliegenden Fall. Jedoch ist die Integrationsförderung im regionalen Umfeld zu begrüssen. Die FDP möchte mit einem Ergänzungsantrag aber sicherstellen, dass bei massgebenden Änderungen der Finanzierungsbedingungen (Kürzungen) auch die Stellenprozenze reduziert werden.

Matthias Hostettler, Grüne/Alternative

Die Fraktion stimmt der Vorlage zu. Die Mehrkosten für die Stadt Zofingen sind überschaubar.

Franziska Kremer, SP

Auch die SP stimmt der Vorlage trotz eines gewissen Kaffeesatzlesens zu. Dem Antrag der FDP kann zugestimmt werden. Dass die Anfrage von zofingenregio stammt, sieht die Fraktion als Komplement an die Arbeit Zofingens.



Moritz Weber, SVP

Die SVP ist gegen eine Integration von Flüchtlingen und Asylanten ohne geklärtem Bleibestatus. Wir wissen, dass die Asylzahlen momentan rückläufig sind. Wir müssen über etwas entscheiden, wo wir nicht wissen, wie es sich entwickelt. Die SVP würde der Vorlage zustimmen, wenn der Antrag der FDP angenommen wird.

Nathalie Gysin, DYM/glp

Man kann die Frage stellen, ob eine unbefristete Stellenerhöhung bei unklarer langfristiger Finanzierung sinnvoll ist. Die vorgeschlagene Drehscheibenfunktion ist aber nötig, um die vielen lobenswerten freiwilligen Angebote zu koordinieren. Die Fraktion stimmt grossmehrheitlich zu.

Eintreten ist nicht bestritten.

Dominik Gresch, Stadtrat

Asylwesen und Integrationsförderung sind und bleiben eine grosse Herausforderung. Auslöser der Vorlage ist der Kanton, der mit finanziellen Anreizen die regionale Aufgabenerfüllung fördert. Die Gelder kommen aus dem Swisslosfonds resp. aus der kantonalen Integrationsförderung und von den Gemeinden. Wenn die Gelder wegfallen wird das Angebot selbstverständlich angepasst resp. gestrichen. Insofern ist der Antrag der FDP zwar überflüssig, er tut aber auch nicht weh. Die Dienstleistungserbringung durch die Stadt Zofingen ist als Kompliment zu verstehen. Er bittet um Zustimmung, auch zum Antrag der FDP.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen, daher folgen die Abstimmungen:

Zusatzantrag

... Bei wegfallenden Finanzierungsbeiträgen werden die Stellenprozente entsprechend reduziert.

Der Antrag wird einstimmig mit 39:0 Stimmen angenommen.

Stadträtlicher Antrag mit Zusatz

Für die Führung der regionalen Koordinationsstelle Freiwilligenarbeit im Asyl- und Flüchtlingsbereich (40 %) und die regionale Fachstelle Integrationsförderung (85 %) seien die personellen Ressourcen zu genehmigen. Bei wegfallenden Finanzierungsbeiträgen werden die Stellenprozente entsprechend reduziert.

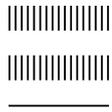
Der stadträtliche Antrag (mit Zusatz) wird mit 33:0 Stimmen (6 Enthaltungen) angenommen.

Art. 43

Parlamentarische Vorstösse

GK 68

Interpellation der FDP-Fraktion vom 17. September 2018 betr. Anlässe in der Zofinger Altstadt (Begründung; Antwort Stadtrat)



Maja Freiermuth, FDP

Sie ist mit der Beantwortung zufrieden. Eventuell müssten die Reglemente angeschaut werden und den Veranstaltern eine zeitliche Vorgabe für die Information von Anwohnenden gemacht werden.

GK 77

Postulat der SVP-Fraktion vom 22. Oktober 2018 betr. Umsetzung von Organisations- und Führungsgrundsätzen beim Seniorenzentrum Zofingen (Begründung; Bericht/Antrag Stadtrat)

André Kirchhofer, Ratspräsident

Das Wort wird nicht verlangt. Daher folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Der Bericht zum Postulat der SVP-Fraktion vom 22. Oktober 2018 betr. Umsetzung von Organisations- und Führungsgrundsätzen beim Seniorenzentrum Zofingen wird zur Kenntnis genommen.

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig zu 39:0 Stimmen angenommen.

GK 78

Motion der Fraktion Grüne/Alternative vom 22. Oktober 2018 betr. Sichtbarmachung der Ausgrabungen beim Pulverturm (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)

André Kirchhofer, Ratspräsident

Er hat den Mitgliedern des Einwohnerrates vor der Sitzung per E-Mail das eingegangene Schreiben bezüglich Ausgrabung beim Pulverturm (Umfrage Anwohnende) zugestellt.

Daniel Hölzle, Grüne/Alternative

Er dankt dem Stadtrat für die Abklärungen. Die Meinungen sind gemacht, dennoch hätte er sich etwas Anderes als Parkplätze gewünscht. Er hält an der Motion fest.

Andreas Rügger, Stadtrat

Es handelt sich zwar um einen archäologischen bedeutenden, nicht aber spektakulären Fund. Mit dem Vorschlag des Stadtrates wird auch der Kantonsarchäologie entsprochen. Die Anwohnenden haben einen Anspruch auf rasche Instandsetzung des Platzes.

André Kirchhofer, Ratspräsident

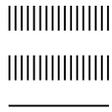
Die Diskussion ist offen.

Moritz Weber, SVP

Die Fraktion unterstützt den Ansatz, mit minimalem Aufwand vorzugehen.

Erich Roth, DYM

Auch die DYM ist gegen die Motion der Grünen. Wir können nicht nachvollziehen, weshalb so viele finanzielle Ressourcen eingesetzt werden sollen. Man sollte die Gelder zukunftsgerichtet einsetzen und auch die Varianten 1a und 1b prüfen.



Matthias Hostettler, Grüne/Alternative

Gibt es eine Umfrage, die belegt, dass die Bevölkerung keine Sichtbarmachung will?

Andreas Rügger, Stadtrat

Eine Gesamtbevölkerungsumfrage gibt es nicht. Die Resultate der Umfrage unter den Anwohnenden wurde verschickt.

Yolanda Senn Ammann, Farbtupfer

Wenn die Motion abgelehnt wird, wird dann die Variante 1c umgesetzt?

Andreas Rügger, Stadtrat

Ja, die Variante 1c würde umgesetzt.

Moritz Weber, SVP

Das Interesse der SVP wäre das Minimum zu machen, nicht Variante 1c.

Michael Wacker, SP

Die SVP kann immer noch die Bauabrechnung ablehnen, wenn sie nicht zufrieden ist.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Daher folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Die Erheblichkeitserklärung der Motion der Fraktion Grüne/Alternative vom 22. Oktober 2018 betr. Sichtbarmachung der Ausgrabungen beim Pulverturm sei abzulehnen.

Der stadträtliche Antrag wird mit 39:3 Stimmen angenommen.

GK 81

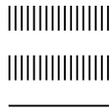
Motion von Irma Jordi (CVP) vom 22. Oktober 2018 betr. neue Form der amtlichen Publikation für die Generation 70-Plus (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)

André Kirchhofer, Ratspräsident

Er hält fest, dass lediglich über den Antrag des Stadtrates abgestimmt werden kann und keine Änderungsanträge möglich sind. Formell wäre das Anliegen in Form eines Postulates einzureichen und nicht als Motion.

Irma Jordi, CVP

Sie überreicht dem Stadtrat einen Kaktus. Mit der Motion wollte sie den Stadtrat beauftragen, eine Lösung für eine Bevölkerungsschicht ohne online-Zugang zu schaffen. Die Antwort des Stadtrates kam wie ein 1. April-Scherz daher. 25% der Bevölkerung sind in der betroffenen Alterskategorie. Das ergäbe bei 1'000 Abonnenten und einem Preis von CHF 250 pro Jahr CHF 250'000 Einnahmen. Der Preis ist zu teuer. Es gibt in Zofingen eine Alterskommission, welche hätte begrüsst werden können. Evtl. könnte die Alterskommission durch Freiwilligenarbeit einen Teil der Arbeit übernehmen. Man



könnte auch Werbung im Newsletter machen. Die Motionärin fordert den Stadtrat auf, nochmals über die Bücher zu gehen. Sie beantragt, den Vorstoss zu überweisen, aber nicht abzuschreiben.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Diskussion ist offen.

Rudolf Günthardt, FDP

Er unterstützt den Antrag von Irma Jordi. Man könnte effektiv mehr aus dem Newsletter machen.

Franziska Kremer, SP

Auch die SP unterstütz Irma Jordi und will, dass der Stadtrat nochmals über die Bücher geht.

Michael Wacker, SP

Der damalige Antrag in der Budgetsitzung hat die Falschen getroffen. Nun sollen die Betroffenen noch etwas zahlen. Irma Jordis Antrag ist ein Steilpass, etwas Schlaues daraus zu machen.

Moritz Weber, SVP

Er hat mit dem Zofinger Tagblatt gesprochen, ob die Amtlichen Publikationen gratis abgedruckt werden könnten, ist mit seinem Anliegen aber nicht durchgedrungen. Die SVP unterstützt den Antrag von Irma Jordi.

Tobias Hottiger, FDP

Ihn verwundern die zustimmenden Voten. Irma Jordi hat impliziert, dass 3'000 Einwohnende sie in ihrem Anliegen unterstützen. Erstaunlich ist, dass der Einwohnerrat zweimal nein zu Kosten in diesem Zusammenhang gesagt hat. Dass es nun wieder kosten soll, ist nicht nachvollziehbar und insbesondere von Seiten der SVP inkonsequent.

Rudolf Günthardt, FDP

Es soll nicht kostenlos sein. Aber es soll nochmals überprüft werden.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Weist darauf hin, dass es eigentlich nicht eine Motion ist, sondern ein Postulat. Ein Antrag auf Umwandlung in ein Postulat müsste aber gestellt werden.

Rahela Syed, Stadträtin

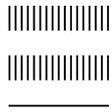
Eine Variante, die nicht kostendeckend ist, wäre selbstverständlich denkbar. Der Einwohnerrat muss dann aber die nötigen Gelder sprechen.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Daher folgt die Abstimmung über die Anträge:

Die Motion von Irma Jordi (CVP) betr. neue Form der amtlichen Publikationen für die Generation 70-Plus sei als erheblich zu erklären.

Der Antrag wird mit 24:5 (10 Enthaltungen) angenommen.



Die Motion von Irma Jordi (CVP) betr. neue Form der amtlichen Publikationen für die Generation 70-Plus sei nicht abzuschreiben.

Der Antrag wird mit 31:6 (2 Enthaltungen) angenommen.

Art. 44

Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratsitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Rudolf Günthardt, FDP

Wie ist die Abgabe von Protokollen aus den Spezialkommissionen geregelt?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtamman

Es liegt im Ermessen der Kommissionen selber, wie sie die Protokoll-Weitergabe regelt. Im Grossen Rat werden die Protokolle nur an Kommissionsmitglieder abgegeben. Bei der FGPK wurde in der konstituierenden Sitzung die Regelung getroffen, dass nicht vertrauliche Protokolle den ER-Mitgliedern zugestellt werden. Mit der Überarbeitung von Gemeindeordnung und Geschäftsreglement wird die Frage präzisiert werden können. Künftige Präsidien von Spezialkommissionen werden gebeten, die Frage jeweils zu klären.

Michael Wacker, SP

Die Feuerwehr steht vor einem Personalwechsel. Der Kommandant ist bestimmt, der Vizekommandant auch. Noch nicht bestimmt ist der Materialwart. Wie geht es diesbezüglich weiter?

Christiane Guyer, Grüne

Der Materialwart wird voraussichtlich April/Mai ausgeschrieben. Bei Kommandant und Vizekommandant wurde bewusst eine frühzeitige Lösung angestrebt, um die Kontinuität zu sichern. Per 1. Januar 2020 wird die Feuerwehr auch im Bereich Material weiterhin einwandfrei funktionieren.

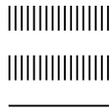
Robert Weishaupt, DYM/CVP

Die Grüncontainer-Vignetten können nur im Werkhof bezogen werden, inkl. Formular ausfüllen. Können wir nicht zum alten, administrativ einfachen System zurück? KMU's sind auf möglichst wenig Bürokratie angewiesen.

Kommt dieses Jahr das Mehrwegbechersystem am Kinderfest?

Peter Siegrist, Stadtrat

Bei der Grünabfuhr geht es um das Jahresabonnement. Die Idee war, dass einmal die Erfassung mit dem erwähnten Formular erfolgt und dann ab 2020 eine automatische Zustellung der Vignetten



möglich ist, was eine administrativ sehr einfache Lösung darstellt. Das führt 2019 zu einem einmaligen Mehraufwand.

Am Zapfenstreich 2019 wird für Getränke eine Mehrweglösung eingeführt.

Yolanda Senn Ammann, Farbtupfer

Warum wurde mit dem Legislaturprogramm eine CHF 10 teure Imagebroschüre erstellt, die schwammig im Inhalt ist?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Es wurde zum ersten Mal ein etwas umfassenderes Legislaturprogramm erstellt. Im Vergleich zu anderen Gemeinden wurden die Kosten im Rahmen gehalten. Es soll auch den Einwohnenden zur Verfügung stehen und Auskunft über die Schwerpunkte des Stadtrates geben.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Der Präsident bedankt sich für die konstruktiven Diskussionen, weist auf die nächste Einwohnerrats-sitzung vom 24. Juni 2019 hin und schliesst die Sitzung um 22.10 Uhr.

Für getreues Protokoll:

Dr. André Kirchhofer
Ratspräsident

Dr. Fabian Humbel
Protokollführer